



# KAMPAGNE GEGEN AUFGEHEIZTE DISKUSSION ÜBER PFLANZENSCHUTZ

**Die grüne Welle könnte für die Zierpflanzenproduzenten bedrohlich werden: Die Bevölkerung wird bald über zwei Initiativen abstimmen, die den bisherigen Pflanzenschutz verunmöglichen. Doch ausreichende Alternativen sind derzeit keine vorhanden. Olivier Mark informierte an der Hauptversammlung der Zierpflanzenproduzenten über die Kampagne der IG Zukunft Pflanzenschutz und zeigte Möglichkeiten auf, wie man sie unterstützen kann.**

*Text und Fotos: Urs Rüttimann*

«JardinSuisse verhandelt bei der Ausarbeitung und Auslegung von Gesetzen intensiv mit den Fachstellen des Bundes.» Mit diesen Worten eröffnete Jürg Rüttimann die Hauptversammlung der Zierpflanzenproduzenten im vollen Saal der Gartenbauschule Oeschberg. «In den zuweilen unangenehmen Gesprächen müssen wir hart, aber fair diskutieren, um für alle Parteien ein gutes Resultat zu erzielen», sagte der Präsident der Fachgruppe Zierpflanzen. Als Beispiel nennt er den Torfausstieg, der zu einer Torfreduktion abgeschwächt werden konnte (siehe auch «Grüne Branche in Bewegung», Seite 22).

**Konfrontiert mit extremen Initiativen**  
Mit der Trinkwasserinitiative und der Pestizidinitiative wurde JardinSuisse vor eine neue, sehr schwierige Kommunikations-

aufgabe gestellt. Die Trinkwasserinitiative kommt vermutlich bereits im Herbst 2020 zur Abstimmung. «Werden die beiden drastischen Initiativen befürwortet, hat die schweizerische Zierpflanzenproduktion ein ernsthaftes Problem», warnte Olivier Mark, der Präsident von JardinSuisse. Allein schon die verwendeten Begriffe «Pestizid» im Umkreis der Initianten und «Pflanzenschutzmittel» (PSM) in der Grünen Branche verdeutlichen den grossen Graben zwischen den Befürwortern und Gegnern. Bis zur Abstimmung muss versucht werden, die aufgeheizte Diskussion über Pestizide zu versachlichen.

Hinzu kommt der Imageschaden für die Branche, wenn in die Diskussion nicht auch die Sicht der Produzenten einfliesst: «Ich kenne keinen Produzenten, der nicht selbst

auch Vorbehalte gegen Pestizide hat», sagt Mark. «Sie zu verwenden, ist heikel. Man riskiert bei unsachgemässer Ausführung dieser Arbeit gesundheitliche Schäden. Zusätzlich sind diese Mittel teuer.» Eine weitere Realität ist: Treten in einer Pflanzung Probleme mit Schädlingen auf, kann vielfach noch nicht auf synthetische PSM verzichtet werden, wenn man eine Kultur retten will. «Auch wir Menschen nehmen bei Krankheit synthetische Medikamente», so der Präsident von JardinSuisse in einem Vergleich.

## **Pflanzenproduzenten sind bedroht**

Von der Trinkwasserinitiative weit härter betroffen als die Zierpflanzenproduzenten sind die Landwirte. Bei Annahme des Volksbegehrens müssten sie auf die Direktzahlungen verzichten, falls sie weiterhin PSM ver-



**Die Zierpflanzenproduktion soll ökologischer werden. Während im Pflanzenschutz zwei Volksinitiativen Pestizide im Anbau verbieten wollen, setzt der Bund bei der Energieeffizienz von Gewächshäusern auf finanziellen Anreiz.**

wenden. Eine geringere landwirtschaftliche Produktion, eine massive Verteuerung der schweizerischen Landwirtschaftsprodukte und ein weit grösserer Import von Lebensmitteln wären die Folgen. Dieser Prozess würde viele Landwirte existenziell gefährden. Die Pestizidinitiative ist noch weit bedrohlicher: Sie bedeutet ein sofortiges Verbot aller synthetischen Pestizide.

Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Gärtnerbranche ist von den beiden Initiativen schwerwiegend betroffen. «Zum ersten Mal in der Verbandsgeschichte muss JardinSuisse gegen ein Volksbegehren ankämpfen», stellte Mark fest. Das Fatale daran: Nur gerade 1,5 Prozent der Bevölkerung benutzt PSM und ist informiert über die Hintergründe der Anwendung. Alle Schweizerinnen und Schweizer aber sind auf sauberes Trinkwasser und gesunde Lebensmittel angewiesen.

«Kein Tag vergeht, ohne dass Negativschlagzeilen über die Auswirkung von Pestiziden verbreitet werden», sagte der Präsident von JardinSuisse. «Wir werden bereits jetzt mit extremen Kampagnen übersät, die uns die Vergiftung der Umwelt vorwerfen.» Aus diesem Grund entschloss sich der Unternehmerverband JardinSuisse, die IG Zukunft Pflanzenschutz zusammen mit dem Verband Schweizer Gemüseproduzenten, dem Schweizer Obstverband, der Swiss Convenience Food Association und Swissspatat zu gründen. Zusätzlich konnte das Schweizerische Konsumentenforum als Berater ge-

wonnen werden. Olivier Mark steht dem Steuerungsausschuss als Präsident vor.

Unter dem Leitmotiv «Innovation statt Verbote» signalisiert die IG Zukunft Pflanzenschutz der Bevölkerung klar, dass die bisherige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln korrigiert werden muss. «Wenn Produzenten Alternativen zu bestehenden Pflanzenschutzmitteln erhalten, reduzieren sie deren Einsatz automatisch», sagte Mark. Damit jedoch auf dem Markt mehr Alternative Mittel zur Verfügung stehen, muss gemäss IG Zukunft Pflanzenschutz in die Forschung investiert werden. Ausserdem unterstützt die IG die neue Agrarpolitik (AP22+), die ab 2022 in Kraft treten soll,

### **Pflanzenschutz unter Beschuss**

**Trinkwasserinitiative:** Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» fordert, dass Landwirte keine Subventionen mehr erhalten, wenn sie Pestizide und prophylaktisch Antibiotika einsetzen. Das Initiativkomitee besteht aus parteilosen Bürger.

**Pestizidinitiative:** Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will den Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft sowie in der Boden- und Landschaftspflege verbieten. Lanciert wurde das Volksbegehren vom Verein «Future3 Foundation».

und den Aktionsplan Pflanzenschutzmittel von 2017. Mit diesen beiden Instrumenten will der Bund den Einsatz von Pestiziden deutlich, aber zeitlich gestaffelt vermindern.

### **Glaubwürdige Aufklärung**

«Wir müssen zeigen, dass auch wir aktiv sind», forderte Mark die anwesenden Zierpflanzenproduzenten auf. Dabei sollen sie der Bevölkerung klar vor Augen halten, dass beide Initiativen Vorurteile zwischen Stadt und Land vertiefen. «Die Städter halten uns für stur; sie können unsere differenzierte Haltung gegenüber PSM nicht verstehen.» Zwischen diesen beiden Welten will die Kampagne der IG Zukunft Pflanzenschutz vermitteln. Konkret wirbt sie für Solidarität mit den Schweizer Pflanzenproduzenten und Landwirten. Broschüren und Plakate für diese Aufklärungsarbeit wurden bereits ausgearbeitet und an die Teilnehmer der Hauptversammlung ausgehändigt. Einfach und breit verständlich informieren sie über den Nutzen und die Chancen eines gezielten Pflanzenschutzes, der bereits heute alternative biologische Mittel verwendet. Ausserdem werden zukünftig mit modernster Roboter- und Sensortechnik, die bereits erprobt wird, nur noch in geringen Mengen PSM ausgesprüht, und zwar bei Befall und nicht mehr prophylaktisch.

Mitglieder von JardinSuisse haben die Möglichkeit, die Kampagne der IG Zukunft Pflanzenschutz zu unterstützen. Sie können in ihren Betrieben die Plakate aufhängen und die Broschüren auflegen, auch die nicht direkt von den Initiativen betroffenen Gartenlandschaftsbauer. In den sozialen Medien und mit Leserbriefen können Pflanzenproduzenten aktiv für die Anliegen der Grünen Branche kämpfen oder in Radio, Fernsehen und Zeitung Stellung beziehen.

«Wir brauchen jeweils eine Million Nein-Stimmen, um die Initiativen abzulehnen. Nur wenn jedes Mitglied der IG Zukunft Pflanzenschutz, die insgesamt 50 000 Menschen vertritt, 20 Personen von einem «Nein» überzeugen kann, sind wir erfolgreich», rechnete er vor. «Das ist nicht unmöglich, aber ambitionös.» Alle Teilnehmer der Hauptversammlung begrüsst in einer konsultativen Abstimmung die so konzipierte Kampagne, bei zwei Enthaltungen.

### **Bundsgelder für Energieeffizienz**

In der Suche nach einer Energiestrategie der Zukunft hat die Gärtnerbranche ebenfalls mit der Landwirtschaft vergleichbare Schwierigkeiten zu meistern. Um in Gewächshäusern dereinst fossilfrei zu produzieren, werde seit Langem mit JardinSuisse zusammengearbeitet, sagte Matija Nuic, der



**Olivier Mark, Präsident des Unternehmerverbandes JardinSuisse: «Ich kenne keinen Produzenten, der nicht selbst auch Vorbehalte gegen Pestizide hat.»**



**Matija Nuic, Direktor des Verbands Schweizer Gemüseproduzenten: «Die einfachen Massnahmen in den Gewächshäusern haben wir umgesetzt.»**



**Béla Bartha, der Geschäftsführer von Pro Specie Rara: «Wir versuchen, das gesamte Pflanzenmaterial an verschiedenen Orten der Schweiz im Anbau zu halten.»**

Direktor des Verbandes der Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP). Immerhin drohen dabei nicht Verbote wie bei den Initiativen im Pflanzenschutz. Vielmehr arbeitet der Bund in seiner Energiepolitik mit Anreizen: Seit mehreren Jahren ist es für Gemüse- und Pflanzenproduzenten möglich, mit CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Betrieb Geld zurückzuholen. Diese sogenannte Rückerstattung der CO<sub>2</sub>-Abgabe ist aber gebunden an ein vereinbartes Ziel, wie viel Energie pro Fläche jährlich eingespart werden soll. Von 2003 bis 2018 konnten die Gewächshausbetriebe mit diesem Anreizsystem die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Hektar bereits um 35 Prozent reduzieren. «Das ist beeindruckend», führte Nuic aus. «Allerdings hat gleichzeitig die Gewächshausfläche zugenommen, so dass die Gesamtbilanz nicht ganz so positiv ist.»

### **Im Fokus: globale Klimaerwärmung**

Die Massnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Schweiz sind von der globalen Energiepolitik abhängig. In Bezug auf das Kyoto-Protokoll der Vereinten Nationen (UN/1997) legte der Bund fest, Treibhausgas-Emissionen bis 2012 um 8 Prozent, bis 2020 um 20 Prozent und bis 2030 um 50 Prozent zu senken, um die Klimaerwärmung zu bremsen. 2015 beschlossen die UN das Übereinkommen von Paris, das 195 Länder unterzeichneten. Das Abkommen sieht vor, die vom Menschen seit der Industrialisierung verursachte Klimaerwärmung auf 1,5 oder deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Der Bund setzte daraufhin das Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2050 um 70 bis 85 Prozent zu verringern. Da eine von den Vereinten Nationen beauftragte Studie mittlerweile klargestellt hat, dass mit der laufenden globalen Erwärmung sogar das 2-Prozent-Ziel nicht erreicht werden kann, wollen die UN und der Bund seit 2019 neu den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2050 auf null senken.

Der Klimaschutz in der Schweiz soll mit dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz für 2021 bis 2030 fortgesetzt werden. Das Gesetz befindet sich im politischen Prozess. Bereits wurde die Botschaft zur Totalrevision des revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetzes vom Nationalrat 2018 abgelehnt und 2019 vom Ständerat angenommen. Im Frühjahr 2020 geht sie in den Nationalrat zurück, der seit den Wahlen grüner geworden ist. Damit stehen die Chancen gut, dass auch diese Kammer das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz befürwortet.

### **Fossilfreie Produktion von Gemüse**

Trotz der erfolgreichen Einsparung von 35 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionen hat der VSGP eine neue Energiestrategie in zwei Etappen beschlossen. «Die einfachen Massnahmen in den Gewächshäusern haben wir umgesetzt: Die Energieschirme sind eingebaut, die Aussenhüllen gedämmt und die Wärmesteuerung ist optimiert», erklärte Nuic. Diese Massnahmen können den CO<sub>2</sub>-Ausstoss schätzungsweise höchstens nochmals um 10 Prozent verringern – danach geht es nicht mehr weiter. «Die Gewächshausbetreiber werden dann unvermeidlich in Kritik geraten, weil sie die Ziele einer 50-Prozent-Reduktion bis 2030 nicht erreichen werden. Verbunden damit wäre ein Image-Schaden.» Zusammen mit JardinSuisse hat der VSGP deshalb bereits weitere Möglichkeiten ausgelotet, wie Gewächshäuser beispielsweise mit Entfeuchtung energieeffizienter betrieben werden können.

«Wirtschaftlich verkraftbare Massnahmen zu finden, wird aber nicht einfach sein», so Nuic. «Doch solange wir selbst die Energiestrategie definieren, bestimmen auch wir selbst über das Was, Wann und Wie.» Die Behörden sind mit dieser Strategie teilweise einverstanden. Vom Bundesamt für Umwelt, das letztlich entscheiden wird, steht die Antwort jedoch noch aus.

### **Migros setzt Ultimatum**

Der ökologische Druck auf die Gewächshausproduzenten nimmt zudem von anderer Seite zu: Ab 2025 wollen die Genossenschaften der Migros nur noch Obst und Gemüse aus fossilfrei betriebenen Gewächshäusern verkaufen. Coop und weitere Lebensmitteldiscounter werden gleichziehen. Wichtig für den VSGP-Direktor ist deshalb: Die Gemüse-, Beeren- und Zierpflanzenproduzenten haben eine gemeinsame Energiestrategie, die Branche bewahrt sich ein positives Image und ein Teil der Mehrkosten muss abgegolten werden über die Bescheinigungen für CO<sub>2</sub>-Einsparungen. Weiter können die Schweizer Betriebe ihre Produkte gegenüber dem Ausland aufwerten und die Preise entsprechend anpassen.

Von 2013 bis 2018 sind an 108 JardinSuisse-Betriebe über 10 Millionen Franken aus den CO<sub>2</sub>-Abgaben der Branche zurückbezahlt worden. Diese Betriebe haben ihre Energieeffizienz gemäss den Bundesvorgaben gesenkt. Das sagte Patrik Küttel.

Der Ingenieur von der DM Energieberatung AG betreut im Mandat der Energieagentur der Wirtschaft die Förderprogramme des Bundes und der Kantone, mittels erneuerbaren Energien CO<sub>2</sub> einzusparen. «Bis zum Ende der Ausschüttungsperiode 2020 können wir der Branche noch weitere 4 bis 5 Millionen für höhere Energieeffizienz zurückerstatten», schätzt Küttel. Wenn, wie bereits angekündigt, die SVP gegen das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz das Referendum ergreift, kann die Rückerstattung der Gelder bis und mit 2021 verlängert werden. Würde das CO<sub>2</sub>-Referendum jedoch angenommen, wäre die Rückerstattung auf die CO<sub>2</sub>-Abgabe an die Branche nicht mehr möglich.

# ZIERPFLANZEN FÖRDERN BIODIVERSITÄT

Die Zierpflanzenproduzenten sollen nicht nur auf grüne Technologie setzen, sondern auch zur Biodiversität beitragen. Dass man dies nicht nur mit Wildstauden kann, sondern auch mit Zierpflanzen, verdeutlichte Béla Bartha, der Geschäftsführer von Pro Specie Rara: Die Stiftung mit ihren 30 Mitarbeitern und 11 000 Gönnern setzt sich für den Erhalt und die Förderung von gefährdeten Kulturpflanzen und Nutztierarten ein. Sie verfügt über eine Saatbank und baut über 1200 Zierpflanzensorten an. Hinzukommen fast 300 Gemüsesorten sowie 2500 Obst-, Beeren- und Weinsorten. «Wir versuchen das gesamte Pflanzenmaterial an verschiedenen Orten der Schweiz im Anbau zu halten», führte Bartha dazu aus. Mit systematischen Einträgen in eine Datenbank verschafft sich die Stiftung dabei die Übersicht.

Innerhalb von Pro Specie Rara setzen sich 3000 Personen aktiv für den Erhalt

von Pflanzen- und Tiersorten ein, darunter professionelle Zierpflanzenproduzenten, Baumschulisten und Bauern. «Wir wollen das Überleben und den Handel alter Sorten sichern», so der Geschäftsführer der Stiftung. Der Verkauf wird vor allem über Märkte abgewickelt, die jährlich von 150 000 Personen besucht werden. «Die Stiftung selbst ist kein Vermarkter, bietet aber Plattformen wie Märkte und Webportale dafür an.»

## Suche nach bedeutenden alten Sorten

Pro Specie Rara übernimmt auch alte Pflanzen-Sammlungen, die Gärtnereien nicht mehr in ihrem Sortiment halten wollen oder können. Bartha nannte als Beispiel die Gärtnerei Bieri im bernischen Rosshäusern: «Sie überliess uns ihre Fuchsien-Sammlung mit 150 Sorten, als der Betrieb vor knapp zwei Jahren altersbedingt aufgegeben wurde.» Bei solchen Gelegenheiten wird mit alten

Verkaufsdokumenten die Zuchtgeschichte einer Sammlung aufgearbeitet. Darüber hinaus hatten Mitarbeiter der Stiftung alte Verkaufskataloge durchforstet und nach Sorten abgesucht, die in einer Region eine gewisse Verbreitung und Bedeutung hatten. Diese inventarisierten sie systematisch. Insgesamt hat die Stiftung über die Jahre 65 000 Sorten in ihrer Datenbank gelistet.

Nachforschungen in den Gärten zeigten, dass von diesen Sorten in den vergangenen Jahrzehnten über 80 Prozent verloren gingen. Diesem Verlust an Sortenvielfalt gegenzusteuern, bezeichnete Bartha als Hauptziel von Pro Specie Rara. «Wir wollen einen weiteren Rückgang an Zierpflanzen durch gezielte Kultivierung verhindern.» Für diese Aufgaben werden vermehrt professionelle Gärtnereien gesucht. Da das Wissen über den Samenbau auch dort oft fehlt, erhalten Interessenten von der Stiftung eine Anlehnung.



**80 Prozent der traditionellen einheimischen Zierpflanzensorten sind in den vergangenen Jahrzehnten verlorengegangen. Pro Specie Rara will dem Aussterben alter Sorten entgegenwirken.**

Anzeige



„Kompetent, zuverlässig und speditiv - das ist greenSys!  
Damit ist sie für uns ein sehr wichtiger Geschäftspartner.“

Rolf Schläpfer, Roth Pflanzen AG



## Grüne Branche in Bewegung

Die brisanten Themen auf der Traktandenliste lockten ausserordentlich viele Mitglieder an die Hauptversammlung der Zierpflanzenproduzenten. Mehrere weitere Referenten boten eine Übersicht, in welche Richtung die Branche sich bewegt.

### Flexibler Altersrücktritt erst 2021

Carlo Vercelli, Geschäftsführer von JardinSuisse, informierte über den Stand der Gespräche mit den Sozialpartnern. Die Einführung des flexiblen Altersrücktritts (FAR) für den GaLaBau wird auf Anfang 2021 verschoben. Ein GAV FAR mit einer Allgemeinverbindlichkeit in einer Branche, in der kein bestehender GAV die Minimallohne allgemeinverbindlich regelt, ist für das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) Neuland. Deshalb verlangt das Seco dazu eine Studie.

### Grundbildung wird überarbeitet

Stephan Nyffeler, Vertreter der Produktion im Berufsbildungsrat von JardinSuisse, orientierte über den Fahrplan der Revision Grundbildung (RGB22+). 2023 sollen die ersten Lehrlinge gemäss der erneuerten Bildungsverordnung und dem angepassten Bildungsplan ausgebildet werden. Insbesondere will man die Handlungskompetenz der jungen Menschen fördern.

### Torfreduktion auf fünf Prozent

Der Torfausstieg konnte zu einer Torfreduktion auf höchstens fünf Prozent im Jahr 2030 korrigiert werden. Dank hartnäckigem, aber sachlichem Verhandeln sei dies möglich geworden, sagte Peter Huber, Mitglied des Zentralvorstands von JardinSuisse. Noch kein Gehör fand in Bern hingegen die Forderung des Verbands, die Schweizer Produzenten im Markt vor ausländischen Billig-Angeboten zu schützen, die noch konventionell mit Torf kultiviert werden. (siehe auch [www.gplus.ch](http://www.gplus.ch) > Mehrwert > Torfausstieg)

### Pflanzenpass vor der Einführung

Die Pflanzengesundheitsverordnung mit dem neuen Pflanzenpass tritt im Januar 2020 in Kraft. Alle Pflanzen, die beruflich oder ge-

werblich genutzt werden, müssen mit dem Pflanzenpass bestückt sein, wie Josef Poffet, Bereichsleiter Produktion von JardinSuisse, darlegte. Dessen Layout ist vom Bund exakt vorgeschrieben. Ist eine Pflanze von einem Schadorganismus befallen, gewährleistet der Pflanzenpass, dass die gesamte Handelskette bis zum ursprünglichen Produktionsstandort zurückverfolgt werden kann (siehe «Knacknuss Pflanzenpass» in g'plus 18/2019).

### Erweiterter Artikelstamm

Das Sortiment des Artikelstamms für Zierpflanzen und Schnittblumen wird bis Frühjahr 2020 überarbeitet und stark erweitert. Alle Artikel werden mit neuen EAN-Nummern geführt, die für jede Pflanze auch Attribute zu Form, Topfgrösse, Farbe, Blüten-Anzahl und Blütenform umfassen. Die Stammdaten können online aus einer Cloud bezogen und für die Etikettierung und Beschreibung von Artikeln genutzt werden. Verschiedene Features wie das Abspeichern von Favoriten erleichtern den Vertrieb, wie der greenSys-Geschäftsführer Alois von Atzigen ausführte. Ein Pflanzbetrieb oder Gartencenter zahlt für die Jahreslizenz des regelmässig nachgeführten Artikelstamms 200 Franken. Das Tool funktioniert entweder internetbasiert mit einem Login oder der aktuelle Artikelstamm wird über die handelsüblichen Vertriebs- und Etikettier-Softwares heruntergeladen. Nutzbar ist das Tool auch für das Erstellen des Pflanzenpasses.

### Ebbe-/Flutwannen auf dem Prüfstand

Hansruedi Keller, Dozent Hortikultur an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, untersuchte, wieso sich Ebbe-/Flutwannen bis zur Unbrauchbarkeit verformen. Dazu setzte er die Wannan unterschiedlicher Besonnung und Beschattung aus. Mit Wärmebildkamera und Laser-Distanzmessgerät hielt er minutiös fest, wie sie auf Hitze und Abkühlung reagierten. Seine an der Versammlung präsentierten Erkenntnisse veröffentlicht er demnächst in g'plus.



Der Pflanzenpass garantiert die Rückverfolgung einer gehandelten Pflanze bis zum ursprünglichen Produktionsort.